

«Die Politik schafft nur neuen Terror»

John Ging, UNO-Vertreter in Gaza, fordert eine Untersuchung der Kriegsfolgen



Trümmer. Die israelischen Angriffe in Gaza haben den Palästinensern wenig gelassen. In den Ruinen suchen sie nach ihren Habseligkeiten. Foto Reuters

INTERVIEW: TOMAS AVENARIUS, Gaza-Stadt
Das Flüchtlingshilfswerk UNRWA der UNO ist die wichtigste Hilfsorganisation im Gazastreifen: Es versorgt 750 000 der 1,5 Millionen Einwohner mit Lebensmitteln und Medikamenten, baut Schulen und unterstützt Witwen und Waisen.

Weil die israelische Armee während des dreiwöchigen Krieges auch Schulen, Konvois und sogar das Hauptwarenlager der Vereinten Nationen beschossen hat, verlangt UNRWA-Chef John Ging nun eine unabhängige Untersuchung: Er will wissen, ob es sich bei den Angriffen auf Einrichtungen der Weltorganisation um Kriegsverbrechen handelt.

BaZ: Nach dem Beschluss von UNO-Einrichtungen werden Vorwürfe gegen die israelische Armee erhoben. Manche sprechen von Kriegsverbrechen.



JOHN GING: Es gibt den Vorwurf der Kriegsverbrechen gegen Israel, es gibt diesen Vorwurf auch gegen Palästinenser. Diese Vorwürfe müssen unabhängig, objektiv und glaubwürdig untersucht werden. Und sie müssen in Übereinstimmung mit geltendem Recht gehandelt werden. Für Palästinenser und für Israelis gilt dasselbe Recht.

Die Israelis rechtfertigen sich damit, dass Militante von den betroffenen UNO-Einrichtungen aus auf israelische Soldaten geschossen hätten. Sie hätten zurückschossen müssen.

Das behaupten die israelische Regierungssprecher. Sie haben es aber nicht belegt und es entspricht auch nicht der Wahrheit. Das Militär selbst

hat solche Vorwürfe nicht erhoben. Von den Verbindungs-Offizieren, mit denen wir ununterbrochen im Kontakt standen während des gesamten Kriegs, haben wir den Vorwurf kein einziges Mal gehört. Die Erklärungen der Regierungssprecher hingegen haben sich immer wieder geändert und gedreht. Das trägt nicht zur Glaubwürdigkeit Israels bei.

Warum sind Sie so sicher, dass keine Militanten in Ihren Einrichtungen waren?

Das Ganze würde keinen Sinn machen. 1800 Zivilisten, die gerade mit dem nackten Leben dem Beschuss mit Artillerie und Panzern entkommen sind und sich in eine UNO-Schule gerettet haben, würden es Militanten nie erlauben, aus ihrer Mitte heraus auf israelische Soldaten zu schießen. Sie wissen, dass Minuten später der Beschuss mit der Artillerie und Panzern einsetzen müsste.

Das ist kein Beweis.

Die UNO muss ihre Unschuld hier nicht beweisen – Israel muss seine Behauptungen belegen. Die Israelis hatten während des gesamten Kriegs ihre Aufklärungsdrohnen am Himmel. Sie haben praktisch jede Bewegung der Militanten verfolgt. Wo bitte sind die Luftaufnahmen, die die Vorwürfe belegen? Wer uns vorwirft, dass Militante auf UNO-Gelände waren, soll solche Fotos vorlegen.

Wie wollen Sie die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen?

Ich erwarte eine unabhängige Untersuchung: Für jedes Todesopfer, für jeden Verletzten. In diesem Krieg starben mehr als 400 Kinder. Die Antwort auf die Frage nach der Verantwortung für ihren Tod kann doch nicht einfach nur die politische PR

von Regierungssprechern sein. Noch am Tag vor dem Waffenstillstand wurden zwei Kinder in einer UNO-Schule getötet. Sie waren unbestreitbar unschuldig. Und sie sind nun unbestreitbar tot. Ihr Tod lässt sich nicht vom Tisch wischen mit unbelegten Behauptungen, Militante hätten von dieser Schule aus geschossen.

Sie behaupten auch, das UNO-Warenlager in Gaza sei mit Phosphorgranaten beschossen worden.

Ja. Und ich kann es klar belegen. Ich will wissen, warum solche Waffen auf UNO-Einrichtungen abgefeuert worden sind. Das ist beispiellos. Auch der UNO-Generalsekretär verlangt eine unabhängige Untersuchung.

«Wenn ein Räuber Geiseln nimmt, wirft die Polizei dann Granaten in die Bank?»

Israel behauptet, die Hamas missbrauche Zivilisten als menschliche Schutzschilde.

Wenn ein Bankräuber Geiseln nimmt, wirft die Polizei dann Handgranaten in die Bank? Wir verbieten der Polizei mit Grund, die Geiseln zu töten, um des Geiselnehmers habhaft zu werden. Es geht um die Verhältnismäßigkeit der Mittel. Auch die Frage, wer ein Terrorist ist und wer nicht, beantwortet sich allein durch internationales Recht und Rechtsstaatlichkeit. Und niemand darf als Gruppe verurteilt werden, jeder muss einzeln gehört werden.

Gegen wen richtet sich der Krieg in Gaza?

Das Mantra der Regierungssprecher ist, dass die Luftangriffe die Infrastruktur der Terroristen treffen sollte. Nehmen wir die internationale amerikanische Schule in Gaza – sie wurde bombardiert und zerstört. Welche terroristische Infrastruktur bietet die US-Schule? An ihr werden 600 Kinder auf Englisch und nach US-Lehrplan unterrichtet. Die Schule hat sieben Millionen Dollar gekostet. Und ist jetzt ein Schutthaufen. Es fanden sich dort keine toten Militanten. Die einzige Leiche, die im Schutt gefunden wurde, war die des Hausmeisters.

Das kann auch ein Einzelfall gewesen sein.

Die Liste ist lang. Das Aussenministerium, der Präsidentenpalast, das Gästehaus der Regierung sind zerstört worden. Das ist nicht die Infrastruktur des Terrors, die da zerstört wurde. Zerstört wurde die Infrastruktur eines zukünftigen Palästinenserstaats. Und jetzt müssen wir für Hunderte Millionen Dollar das wieder aufbauen, was wir schon hatten.

Sie sind seit drei Jahren für die UNRWA in Gaza verantwortlich. Drei Jahre, in denen die Lage in Gaza immer dramatischer geworden ist.

Die Politiker reden sich ein, dass die Politik der Wirtschaftsblockade und das Bombardement des Gazastreifens ein notwendiger Teil des Kriegs gegen den Terror sei. Das Gegenteil ist aber der Fall: Diese Politik schafft nur neue Extremisten und neuen Terror. Wenn wir keine anderen Antworten auf die Probleme von Gaza finden, werden wir den nächsten Krieg in einem Jahr oder schon in sechs Monaten erleben.

EU ermahnt Palästinenser zur Einheit

Aussenminister beraten über Gaza und Guantánamo

MARIANNE TRUTTMANN, Brüssel

Innerpalästinensische Einigung sei der Schlüssel zum Frieden im Nahen Osten, hielten gestern die EU-Aussenminister fest. Zudem erklärte sich die EU im Prinzip bereit, unschuldige Guantánamo-Häftlinge aufzunehmen.

Die EU-Aussenminister riefen die Palästinenser zur Überwindung ihrer Spaltung in mehrere politische Lager auf. Die «innerpalästinensische Aussöhnung hinter Präsident Mahmud Abbas» sei der «Schlüssel zu Frieden, Stabilität und Entwicklung» heisst es in einer von den Ministern verabschiedeten Erklärung. Es müsse alles getan werden, um die Grenzen des Gazastreifens zu öffnen und einen «wirksamen Mechanismus zur Verhinderung von Waffen- und Sprengstoffschmuggel» zu finden. Die EU-Minister wiederholten ihre Bereitschaft, Beobachter an die Grenzübergänge des Gazastreifens zu entsenden, sobald die Umstände dies erlaubten.

AUFNAHME AUS GUANTANAMO. Die EU-Staaten sind ausserdem bereit, gemeinsam statt bilateral mit den USA über die Übernahme von Häftlingen aus dem Lager Guantánamo auf Kuba zu verhandeln. Dies sagte Luxemburgs Aussenminister Jean Asselborn gestern nach dem EU-Aussenministerrat. Ob und wie viele Gefangene ein Land aufnehmen, müsse jedes Land einzeln entscheiden. Der Prozess könnte Monate dauern.

Die EU-Kommission soll individuelle Fälle überprüfen, um zu verhindern, dass gefährliche Terroristen aufgenommen werden. Laut Asselborn gelten etwa 50 Gefangene als unschuldig. Viele können nicht mehr in ihr Heimatland zurückkehren, da ihnen dort Gefängnis oder Todesstrafe drohen. Klären muss die Kommission Rechtsfragen, etwa im Zusammenhang mit den Schengen-Visa. Die Mehrheit der EU-Länder wollte sich vorerst zur konkreten Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen weder zustimmend noch ablehnend äussern. Grossbritannien hat die Aufnahme weiterer Häftlinge abgelehnt, da das Land schon zwölf aufgenommen hat, ein Teil davon britische Staatsbürger. Österreich lehnt eine Aufnahme solcher Gefangenen kategorisch ab.

VAGE. Einzelne Aussenminister hätten mit der neuen US-Regierung über die Frage gesprochen, aber bisher seien die Vorstellungen der USA vage, sagte Asselborn. Zudem müsse geklärt werden, in welches Land die Gefangenen kommen wollten.

Der Bundesrat hat letzte Woche angekündigt, die Übernahme von Guantánamo-Häftlingen zu prüfen. Hinter dem Angebot stehen offenbar Überlegungen, die Regierung Obama bezüglich des Bankgeheimnisses freundlich zu stimmen.

Mittels «Fingerhut» zu einer völlig neuen Identität

Verliebte Südkoreanerin umgeht mit gefälschten Fingerabdrücken biometrische Einreisekontrolle nach Japan

MARTIN KÖLLING, Tokio

Für 11 000 Franken hat sich eine Südkoreanerin einen gefälschten Pass und einen fleischfarbenen Fingerabdrucküberzieher gekauft. Damit täuschte sie Japans Zollbehörde.

Der Fall stärkt nicht gerade das Vertrauen in die biometrische Einreisekontrolle, die weltweit immer mehr umgesetzt wird: In Japan wurde zum Jahreswechsel erstmals bekannt, dass das hochmoderne Erkennungssystem der örtlichen Zollbehörden, das von jedem einreisenden Ausländer ein Bild schießt und Fingerabdrücke von zwei Fingern nimmt, mit einem einfachen Trick ausgehebelt wurde: Eine mit einem Einreiseverbot belegte 51-jährige Südkoreanerin hatte sich ein spezielles Kle-

beband mit Fingerabdrücken auf die Fingerkuppen geklebt und so die Kontrolle überlistet. Ihr Motiv: Liebe.

Der Fall ist nicht nur ein Schlag für die Zollbehörden weltweit, sondern auch für Identifikationssysteme im Internet. «Alle bestehenden Identitätssysteme werden durch Passfälschungen, Sicherheitslücken bei der Web-Verschlüsselung SSL und nun sogar einen ausgetricksten Fingerabdruckleser praktisch wertlos», meint Dean Procter, Chef von Transinteract, einem ID-Solutions-Anbieter für Mobiltelefone.

BRISANT. Besonders brisant macht den Vorfall, wie einfach die Dame zu ihrer neuen Identität kam. Der japanischen Zeitung «Yomiuri» erzählte sie ihre Ge-

schichte: 1999 ging sie als Touristin nach Japan und blieb ganz einfach da. Acht Jahre schlug sich die illegale Einwanderin als Tellerwäscherin und Barhostess durch, bevor die Behörden sie im Juli 2007 schnappten, auswiesen und ihr für fünf Jahre die Einreise verboten. «Aber ich wollte wirklich gerne zurückkommen – wegen eines Mannes, den ich in Japan kennengelernt hatte», so die namentlich nicht genannte Frau.

Zurück in Korea, kaufte sie sich im April 2008 von einem «Unterweltler» für nur 13 Millionen Yen (umgerechnet 11 000 Franken) einen gefälschten Pass und einen gummiartigen, fleischfarbenen Fingerabdrucküberzieher. Unter Anleitung des hilfsbereiten Gangsters klebte sie den Überzieher auf die Finger,

flog ins nordjapanische Provinznest Aomori und passierte ohne Probleme die Grenzkontrolle. Besonders unangenehm wird die Angelegenheit für Japans Sicherheitsbehörden dadurch, dass diese Methode nach Aussage der Südkoreanerin recht häufig erfolgreich angewendet wird.

FRAGE DES PREISES. Auch die Einführung des elektronischen Passes, der ein Digitalfoto und zwei Fingerabdrücke speichert, dürfte wirklich entschlossenen Terroristen oder Verbrechern die Einreise lediglich erschweren, nicht aber verunmöglichen. «Es ist auf jeden Fall möglich, elektronische Pässe nachzumachen, es ist nur eine Frage des Preises», sagt Sicherheitsexperte Bruce

Schneier, der vom bekannten britischen Magazin «Economist» zum «Sicherheitsguru» ernannt wurde.

Aber selbst richtige Ausweise mit falschen Identitäten zu ergattern ist möglich. «Ein grosses Problem ist synthetischer Identitätsraub», sagt Schneier. Dabei werden Details verschiedener Personen zu einer neuen Identität verschmolzen. Ausserdem ist das System nur so gut wie das schwächste Glied der Kette, sprich die 62 teilnehmenden Staaten. «Es ist auch möglich, sich einen Pass von korrupten Beamten mit einer falschen biometrischen Identität zu kaufen», so Schneier. Unter den Erstanwendern des elektronischen Passes ist beispielsweise Pakistan, dessen Regierung korrupt ist.